

LDK in Konstanz am 6.-7.10.2018

Antragsteller*in: Cordula Maier (Waldshut KV)
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen
Status: Zurückgezogen

- 1 Prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Arbeit mit einem Mindestlohn,
- 2 mehrjährige Praktikantenverträge und nicht tarifgebundene Arbeitsverträge nehmen
- 3 zu 22,5% der Beschäftigten arbeiten mit einem Mindestlohn von unter 10,50€. Mit
- 4 einem Mindestlohn von derzeit 8,84€ pro Stunde, in einigen Branchen auch etwas
- 5 mehr, verdient man im Monat ca. 1485 €. Als Rentner würde man bei einer
- 6 Rentenhöhe von 48% dann ca. 712 € monatlich bekommen. 1,2 Millionen Menschen
- 7 verdienen so wenig mit ihrer Arbeit, dass sie zusätzlich auf Arbeitslosengeld
- 8 II/Hartz IV angewiesen sind. Für viele dieser Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
- 9 bedeuten diese Arbeitsbedingungen unsichere Einkommen und Unplanbarkeit der
- 10 Zukunft. Die „Aufstockerei“ - die Ergänzung des Arbeitslohnes oder der Rente
- 11 durch Arbeitslosengeld II - kostet den Staat und Steuerzahler ca. 11 Milliarden
- 12 Euro im Jahr.
- 13 Wir fordern daher, dass diese Entwicklung, Gründe dafür und mögliche Folgen
- 14 umfassend diskutiert werden. Unsichere Beschäftigungsformen müssen tatsächlich
- 15 eine Ausnahme bleiben.
- 16 Wir fordern einen Mindestlohn deutlich über dem ALG II - Satz, da Arbeit sich
- 17 lohnen soll. Wir halten es für unwürdig, wenn Arbeitnehmer*Innen trotz
- 18 Vollzeitstelle noch auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.
- 19 Da Leiharbeiter*innen ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden, sollten
- 20 deren Arbeitgeber*innen einen höheren Beitrag in die Arbeitslosenversicherung
- 21 zahlen. Die Kosten für die positiv wirkende Flexibilität tragen in erster Linie
- 22 die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen selbst und die Masse derjenigen, die in
- 23 die Sozialversicherung einbezahlen.
- 24 Das Land Baden-Württemberg soll als Arbeitgeber darauf verzichten, befristete
- 25 Arbeitsstellen unter einem Jahr, wie z.B. Lehrer von September bis Ende Juli, zu
- 26 vereinbaren.
- 27 Wir fordern eine Stärkung der Gewerkschaften und der Betriebe, die Arbeit
- 28 innerhalb von Tarifverträgen anbieten.

Begründung

Arbeit in prekären Arbeitsverhältnissen erhöht die Gefahr, dass Menschen spätestens im Rentenalter arm werden.

Gerade Berufsanfänger*innen und Arbeitnehmer*innen in den späten Altersjahrgängen werden dauerhaft abgehängt - Jüngere arbeiten möglicherweise in mehrjährigen Praktikantenverträgen oder hangeln sich von befristetem zu befristetem Arbeitsvertrag, Ältere werden „ausgemustert“. Die Rente mit 67 Jahren wirkt so als Rentenkürzung.

Die Menschen sehen, dass diese Entwicklung politische Gründe hat. Wenn Politik hier nicht eingreift, befürchten wir eine weit umgreifende Politikverdrossenheit bzw. eine Unterstützung radikaler, vor allem rechter Parteien.

Wir befürchten einerseits eine Abkehr von Wählern von einer lösungsorientierten nachhaltigen Politik zu radikalen Parteien, aber auch eine tatsächliche Spaltung der Gesellschaft und das Auseinanderdriften von Armen und Reichen.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Hans-Joachim Müller (Waldshut KV); Jürgen Fesser (Waldshut KV); Ulrich Martin Drescher (Waldshut KV); Karsten Sielemann (Waldshut KV); Bernd Wallaschek (Waldshut KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Daniela Tayari (Waldshut KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV)